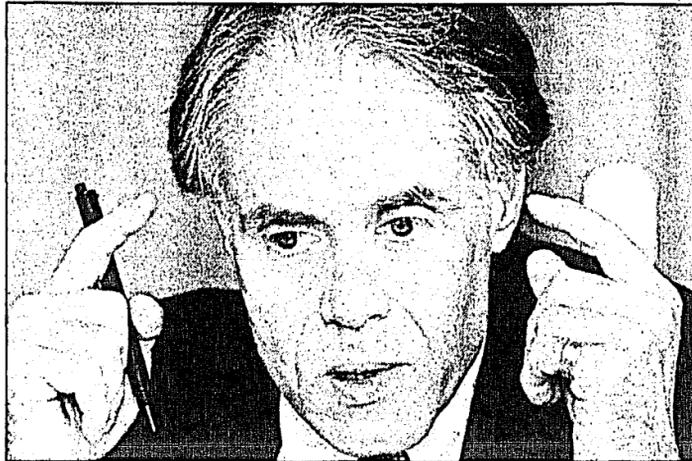


Streit um Pilotenlöhne

Zusammenführung von Crossair- und Swissair-Piloten – Verhandlungen vorerst ohne CCP

ZÜRICH: Die Gespräche über die Zusammenführung der Swissair- und Crossair-Piloten sind kurz vor dem Start der neuen Airline Swiss ins Stocken geraten. Der Verband des Crossair-Cockpitpersonals (CCP) hat die Gespräche vorzeitig verlassen.

Grund für den Rückzug sei das vom Crossair-Verwaltungsrat vorgesehene Lohnsystem, teilte der CCP am Montag mit. Dieses sei unfair, weil es die Piloten der ehemaligen Swissair auf Kosten der Crossair-Piloten deutlich bevorzugen. So sollen zum Beispiel wieder nach Flugzeugtypen getrennte Saläre eingeführt werden. Davon würden vor allem die ehemaligen Swissair-Piloten profitieren, schreibt der CCP weiter. Und damit würde bei der neuen Schweizer Airline eine Zwei-Klassen-Gesellschaft entstehen. 45 Prozent der künftigen Swiss-Piloten würden 66 Prozent der Lohnsumme für alle Piloten einstreichen. Es werde Jahre dauern, bis zumindest ein kleiner Teil der heutigen Crossair-Piloten die Gelegen-



Gesamtarbeitsvertrag hin oder her: Bundesrat Moritz Leuenberger will Swiss Ende März in der Luft sehen. (Bilder: Keystone)

heit erhalte, sich auf die Flugzeuge der ehemaligen Swissair umzuschulen. Der CCP sei bereit, in einem gemeinsamen Lohnsystem den Besonderheiten des interkontinentalen Langstreckenverkehrs angemessen Rechnung zu tragen. Im Mittel- und Kurzstrecken-

verkehr seien Lohnunterschiede aber nicht akzeptabel.

Weitere Verhandlungen

Nach Angaben der Crossair wurden die Gespräche jedoch nie unterbrochen und dauern zurzeit immer noch an.

Zwar habe CCP die Gespräche verlassen, doch würden sie zwischen der Crossair und dem Verband der ehemaligen Swissair-Piloten (Aeropers) weitergeführt, sagte ein Crossair-Sprecher auf Anfrage. CCP habe aber gleichzeitig angekündigt, allenfalls wieder in die Verhandlungen einzusteigen.

Die Geschäftsleitung und der Verwaltungsrat der Crossair ringen mit CCP und Aeropers seit Wochen um einen Gesamtarbeitsvertrag (GAV). Ziel der Gespräche sei es, eine sozialpartnerschaftliche Lösung zu finden, die für alle Seiten tragfähig und fair sei.

Zum Inhalt der Gespräche wollte die Crossair keine weiteren Angaben machen, bis die Gespräche zu Ende geführt sind. Die Beteiligten hätten vereinbart, bis zum Abschluss Still-schweigen zu bewahren.

Notfalls ohne GAV

Laut Bundesrat Moritz Leuenberger kann die Swiss Ende März notfalls auch ohne GAV starten. Obwohl ein GAV politisch wünschenswert sei, werde er rechtlich für den Betrieb einer Fluggesellschaft nicht benötigt.

Publikation des «Abzocker»-Vergleichs gefordert

ZÜRICH: Der Angestelltenverband (AV) des Technologiekonzerns ABB und der Verband Angestellte Schweiz (vsam) fordern die Publikation des Vergleichs zwischen ABB und den früheren Managern Percy Barnevik und Göran Lindahl über die teilweise Rückgabe ihrer Abgangsentschädigungen. Im Nachgang zu der am vergangenen Wochenende bekannt gewordenen Beilegung der so genannten Abzocker-Affäre verlangten die Verbände in einer Mitteilung vom Montag in Zürich auch die umfassende Offenlegung aller Bezüge des ehemaligen und des aktuellen Topmanagements, um derartige Vorgänge künftig zu vermeiden.

Preisanstieg für OPEC-Öl

WIEN: Wenige Tage vor dem OPEC-Ministertreffen am Freitag ist der Preis für Rohöl des Kartells auf den höchsten Stand seit September 2001 gestiegen. In der vergangenen Woche hat ein Barrel (159 Liter) 21,02 Dollar gekostet nach 19,18 Dollar in der letzten Februar-Woche.

3,7 Milliarden in die Bundeskasse

Swisscom kauft eigene Aktien für 4,3 Milliarden Franken zurück – Bundeseinnahmen höher als erwartet

BERN: Die Bundeseinnahmen aus dem Aktienrückkauf der Swisscom sind mit 3,7 Milliarden Franken um fast ein Drittel höher ausgefallen als erwartet. Nach dem Abschluss des Rückkaufs von knapp zehn Prozent der Swisscom-Aktien für insgesamt 4,3 Milliarden Franken hält der Bund noch 62,7 Prozent an der Swisscom.

Im Zuge des Mitte Februar angekündigten Aktienrückkaufprogramms hat der Bund über 6,6 Millionen Swiss-

com-Aktien zum Preis von 580 Franken verkauft, wie das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) und die Swisscom gestern in Bern mitteilten. Der vom Bund erzielte Nettoerlös ist mit rund 3,7 Milliarden Franken um fast einen Drittel höher ausgefallen, als die beim Start der Aktion angepeilten 2,8 Milliarden Franken. Grund dafür ist, dass sich der Bund am Aktienrückkauf in einem stärkeren Ausmass beteiligte, als dies seiner Beteiligung an der Swisscom entsprechen

würde. Die Swisscom kaufte insgesamt 9,9 Prozent ihres Aktienkapitals zurück und bezahlte dafür 4,3 Milliarden Franken. Die Aktion wurde über unentgeltlich zugeteilte Put-Optionen mit Ausübungsdatum am vergangenen 7. März abgewickelt. Zehn Put-Optionen berechtigten zum Verkauf einer Namenaktie zum Preis von 580 Franken.

Der Bund habe an der Börse Optionen zu einem Preis knapp unter dem inneren Wert dazu gekauft, sagte Peter Thomann von der Eidgenössischen Finanzverwaltung auf Anfrage. Damit habe der Bund zum einen die Abwicklung des Aktienrückkaufs unterstützen, zum andern aber auch seinen Anteil an der Swisscom zu einem attraktiven Preis reduzieren wollen. «Eine derart hohe Investition in ein Unternehmen und eine Branche stellt auch ein Klumpenrisiko dar», sagte Thomann. Von der Erhöhung des Anteils frei handelbarer Swisscom-Aktien spricht sich der Bund auch eine höhere Attraktivität der Papiere des grössten Schweizer Telekommunikationsanbieters an der Börse. Durch den Aktienverkauf reduziert sich der Bundes-

anteil an der Swisscom von 65,5 auf 62,7 Prozent.

Fünf Milliarden Euro für Mobilcom-Übernahme

PARIS: France Telecom würde eine Übernahme der deutschen Mobilcom noch einmal fünf bis sechs Milliarden Euro kosten. Das sagte der Chef des französischen Telekommunikationskonzerns, Michel Bon, der Tageszeitung «Le Monde» (Dienstagausgabe). Bislang habe sein Unternehmen vier Milliarden Euro in die Firma von Gerhard Schmid investiert. Falls der Grossaktionär Schmid seine Verkaufsoption einlöse, müsse France Telecom bislang nicht geplante Verkäufe in Erwägung ziehen, um sich nicht noch weiter zu verschulden, sagte Bon. France Telecom und Mobilcom streiten über die Höhe der Investitionen in das deutsche UMTS-Netz. Bislang halten die Franzosen 28,5 Prozent an der Firma.

69 Schuldsprüche

SOLOTHURN: Zahlreiche Kunden und zwei Bankangestellte im Kanton Solothurn sind von einer Schwarzgeldaffäre aus der Zeit des Immobilienbooms der 80er-Jahre eingeholt worden. Ein Amtsgericht fällte 108 Urteile und 69 Schuldsprüche im Falle von Geschäften über die frühere Bank in Kriegstetten. Wie aus dem am Montag veröffentlichten Urteilsdispositiv des Amtsgerichtes Bucheggberg-Wasseramt hervorgeht, ging es im Prozess um Aufgeländer, die bei Immobiliengeschäften Ende der 80er-Jahre über den verschriebenen Kaufpreis bezahlt worden waren.

Milliarden-Hochzeit

NEW YORK: In der Chipindustrie steht eine Milliarden-Hochzeit an: Der Halbleiter-Hersteller InterSil will seinen Rivalen Elantec übernehmen. Wie beide Unternehmen am Sonntagabend (Ortszeit) in New York mitteilten, beträgt der ausgehandelte Kaufpreis 1,4 Mrd. Dollar. Es ist weltweit der bisher grösste High-Tech-Deal in diesem Jahr. Allerdings müssen erst noch die Kartellbehörden zustimmen.

Mobilfunk-Markt erstmals geschrumpft

LONDON: Zum ersten Mal in der Geschichte der Mobilfunk-Industrie ist 2001 die Anzahl der verkauften Handys gesunken. Dies ergibt sich aus einer Studie des Marktforschungsinstituts Gartner Dataquest. Wie das Institut in der Nacht zum Montag in London weiter mitteilte, wurden im vergangenen Jahr nur noch 399,6 Millionen Einheiten verkauft, ein Rückgang um 3,2 Prozent. Zwischen 1996 und 2000 stiegen die Verkaufszahlen durchschnittlich um 60 Prozent.

Als Gründe für den Rückgang nannte ein Sprecher des Instituts gesättigte Märkte in Europa, den Rückgang von Subventionen von Seiten der Telefonunternehmen, den florierenden Second-Hand-Markt in Entwicklungsländern sowie Verkäufe aus Lagerbeständen.

Zudem hätten es die Handy-Produzenten versäumt, ihre Kunden mit Neuentwicklungen zu überzeugen. Auch habe sich die GPRS-Technik nicht bei den Nutzern durchgesetzt.

PanAlpina Sicav

Alpina V

Preise vom 11. März 2002

Kategorie A (thesaurierend)

Ausgabepreis: € 51,40

Rücknahmepreis: € 50,31

Kategorie B (ausschüttend)

Ausgabepreis: € 50,50

Rücknahmepreis: € 49,47

Zahlstelle in Liechtenstein:
Swissfirst Bank (Liechtenstein) AG
Astrasse 61, Postfach, FL-9490 Vaduz

FORTUNA

Investment AG Vaduz

Inventarwert vom 8. März 2002

FORTUNA Europe Balanced Fund Euro
EUR 103,99*

FORTUNA Europe Balanced Fund Schweizer Franken
CHF 94,01*

FORTUNA Short Term Bond Fund Schweizer Franken
CHF 506,71*

*Ausgabekommission



ZFS: 387 Millionen Dollar Verlust

Zurich-Finanzkonzern verpasst normalisiertes Gewinnziel deutlich

ZÜRICH: Der Finanzkonzern Zurich Financial Services (ZFS) zeigt für letztes Jahr einen Verlust von 387 Millionen Dollar. Der so genannte normalisierte Gewinn liegt mit 348 Millionen Dollar deutlich tiefer als noch Ende 2001 erwartet. Die Dividende soll um mehr als die Hälfte gekürzt werden.

Der Finanz- und Versicherungskonzern ZFS führt den Verlustausweis und den schlechter als erwartet ausgefallenen normalisierten Gewinn in einer Mitteilung vom Montag vor allem darauf zurück, dass die Terroranschläge vom vergangenen 11. September in den USA das versicherungstechnische Ergebnis um 706 Millionen Dollar nach Steuern verschlechtert hätten. Der gemäss dem Rechnungslegungsstandard IAS ausgewiesene Verlust lag an der unteren Grenze der noch am vergangenen 21. Dezember veröffentlichten Konzernprognosen von minus 200 bis minus 400 Millionen Dollar.

Die Prognose für den von den ZFS



Der Zurich-Kurs gab gegenüber dem vergangenen Freitagabend zeitweise um 5,6 Prozent auf 355 Franken nach. Später verminderte sich der Verlust etwas.

ausgewiesenen normalisierten Gewinn wurde klar verpasst. Er betrug 348 Millionen statt der angekündigten 700 bis 900 Millionen Dollar. Vor den Terroranschlägen war der Konzern, wie berichtet, noch von 1,8 bis 2,0 Milliarden Dollar ausgegangen.

Das IAS-Resultat und der normalisierte Gewinn seien zusätzlich beeinflusst durch eine höhere Schadenbelastung und verstärkte Reserven für Sonderrisiken wie zum Beispiel Asbest, heisst es in der jüngsten Mitteilung. Hinzu gekommen seien Verluste aus nicht weiter geführten Geschäftsbereichen. Ausserdem seien die Resultate in den Bereichen Lebensversicherungen und Vermögensverwaltung durch die Entwicklungen an den Finanzmärkten beeinträchtigt worden. Dies habe auch zu geringeren realisierten Kapitalgewinnen und zu Wertberichtigungen auf Finanzanlagen im Betrag von 838 Millionen Dollar vor Steuern geführt.

Das Prämienvolumen des Konzerns stieg im Vergleich zum Jahr 2000 in Lokälwährungen um 13 Prozent auf 56 Milliarden Dollar.